

2011 stützt sich das NMU auf neue Messungen der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), die Anfang September 2011 in nur vier Tagen durchgeführt wurden. Die Aufteilung in Jahreshälften begründet das NMU mit einer Ende Juni erfolgten Umstellung von Castoren innerhalb der Lagerhalle. Diese habe die Strahlenbelastung rund um die Anlage gesenkt.

Bei der Berechnung hat das NMU allerdings drei erheblich Fehler gemacht, die zu der niedrigeren Prognose führten, erklärt Greenpeace: Das NMU hat für das erste Halbjahr rückwirkend einen höheren Neutronen-Hintergrundwert angenommen. Da der höhere Hintergrundwert abgezogen wurde, fällt das Ergebnis entsprechend niedriger aus. Außerdem wurde unzulässigerweise im ersten Halbjahr eine Gammastrahlung von Null angenommen. Dabei liegen behördliche Messungen des NLWKN für diesen Zeitraum vor. Auch für das zweite Halbjahr wurde die Gammastrahlung nicht berücksichtigt, obwohl der TÜV-Bericht Werte liefert.

102 Castorbehälter wurden bis Ende 2010 ins Zwischenlager Gorleben gebracht

Die Sicherheitsmaßnahmen des Zwischenlagers Gorleben würden „derzeit optimiert“, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/7136 vom 26. 09.2011 auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Die Maßnahmen sind der Bundesregierung zufolge das Ergebnis einer regelmäßigen Überprüfung der Sicherheitsanforderungen zur „Verbesserung des Schutzes gegen Störmaßnahmen und sonstige Einwirkungen Dritter“.

Für die Strahlenbelastung aus dem Zwischenlager Gorleben machte die Bundesregierung folgende Angaben:

Jahr	amtliche NLWKN-Messungen	Messungen des Betreibers
2001		0 mSv
2002		0 mSv
2003		0,08 mSv
2004		0,11 mSv
2005	0,11 mSv	0,14 mSv
2006	0,21 mSv	0,17 mSv
2007	0,24 mSv	0,20 mSv
2008	0,14 mSv	0,22 mSv
2009	0,21 mSv	0,19 mSv
2010	0,23 mSv	0,17 mSv

mSv = Millisievert

Daten für die Jahre 2001 bis 2004 konnten „in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit für die Beantwortung von Kleinen Anfragen nur für den Betreiber zur Verfügung gestellt werden“, erklärte die Bundesregierung. Der Behörde war das nicht möglich. Vom 27. April 1995 bis 24. November 2010 wurden der Bundesregierung zufolge insgesamt 102 Castorbehälter in das Zwischenlager Gorleben gebracht.

Protesttag 26. November 2011 – Wendland-Aktions-Gruppen laden ein zu Protest und Widerstand gegen den nächsten Castor-Transport

Ungeachtet der hohen Strahlenbelastung durch das Zwischenlager Gorleben mit Grenzwertüberschreitungen seit dem Jahre 2003 finden die Vorbereitungen von staatlicher Seite für den nächsten Castortransport nach Gorleben am ersten Adventwochenende dieses Jahres statt, beklagt Kerstin Rudek, Vorsitzende der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Beim sogenannten Atomausstieg wurden jetzt 8 Atomkraftwerke abgeschaltet, das Atommüll dilemma wurde jedoch nicht problematisiert und eine Neudefinition von Sicherheitskriterien für die Atommülllagerung bleibe die Regierung schuldig und die Vollendung des Endlagerbaus im ungeeigneten Salzstock Gorleben werde im 24-Stunden-Betrieb unter altem Bergrecht vollzogen.

Deshalb beteilige sich die BI am Wendland Aktions Gruppen Treffen „w.a.g.t.“, das sich mit vielen tausend Menschen in das Castor-Geschehen einmischen werde. Ziel der Bürgerinitiative sei es, unmittelbar an der Castortransportstrecke Demonstrationen, Kundgebungen und Mahnwachen durchzuführen, um frei und wahrnehmbar vom grundrechtlich verbrieften Demonstrationsrecht Gebrauch zu machen. „Weiträumige Versammlungsverbote, Rechtsbeugung durch nicht zulässige Gewahrsamnahmen und Polizeikessel für tausende DemonstrantInnen unter freiem Himmel – unter Ausschaltung der Gefangenen-Sammelstellen und Aushebelung des richterlichen Notdienstes – sind Zustände, an die wir uns nicht gewöhnen“, erklärt Rudek. „AnwohnerInnen der Castortransportstrecke von Gerichts wegen Klagemöglichkeiten abzusprechen, nach uraltem Bergrecht formalrechtlich jegliche juristische Gegenwehr eines Schwarzbau zum atomaren Endlager zu verhindern, das ist für uns institutionalisierte Gewalt.“

Die Analyse von Greenpeace und ein Erklärvideo finden sich im Internet unter www.greenpeace.de/castor2011

Strahlenrisiko

Atomstrahlung ist schädlicher für die Frauen

Frauen leiden deutlich mehr unter den Auswirkungen ionisierender Strahlung als Männer. Darauf machte der Nuclear Information & Resource Service (NIRS) mit einem Mitte Oktober 2011 veröffentlichten Informationspapier aufmerksam. Bei gleichem Strahlenniveau bestehe für Frauen im Vergleich zu Männern eine dramatische fünfzig Prozent höhere Inzidenz für

Krebs und eine fünfzig Prozent höhere Rate von Todesfällen durch Krebs. Über geschlechtsspezifische Unterschiede in der Höhe des Schadens wurde bisher wenig berichtet.

Die Daten, die zu diesem Ergebnis führen, stammen aus dem Bericht von 2006 der National Academy of Sciences (BEIR VII) über die biologische Wirkung ionisierender Strahlung. Die höhere Anfälligkeit der Frauen stand jedoch nicht im Mittelpunkt dieser Veröffentlichung, und das Problem blieb unbeachtet.

NIRS hat das Papier in Kooperation mit Gruppen aus den globalen „Hot Spots“ wie Japan (Grüne Aktion), Ukraine (Ecoclub) und Pennsylvania (Three Mile Island Alert) erstellt. Es ist im Internet abrufbar unter www.nirs.org/radiation/radhealth/radiationwomen.pdf.

„Die Daten sind erschreckend und die Tatsache, daß sie unbeachtet blieben, ist schockierend. Die Daten zeigen eine konsistente fünfzig Prozent höhere Inzidenz von Krebserkrankungen und auch der Todesfälle durch Krebs bei Frauen im Vergleich zu Männern. Dies ist atemberaubend und macht vermehrte Forschung und Handeln notwendig, um den Schutz der Gefährdeten sicherzustellen“, sagte die Biologin Mary Olson, die das oben zitierte 8-seitige Hintergrundpapier verfaßte. „Machen wir uns klar: Strahlung verursacht Krankheit und Tod bei Männern, die gleiche Rate der Exposition verursacht aber noch mehr Schaden für Frauen. Das Vorsorgeprinzip gebietet, daß wir zuerst den Schutz zu erhöhen haben und dann das Problem weiter studieren.“

Bekanntlich sind auch Kinder besonders anfällig für Strahlenschäden. Die Schlüsselmechanismen, weshalb ionisierende Strahlung Kinder stärker schädigt, sind erstens die geringere Körpermasse von

Kindern, die von einem bestimmten Niveau der Strahlung an zu einer höheren Dosis führt, und zweitens, weil die Zellen eines wachsenden Kindes sich schneller teilen und damit ihre DNA der Strahlung mehr ausgesetzt sind, was anfälliger für Strahlenschäden macht, erklärt Olson. „Die Ursache, daß auch Frauen anfälliger als Männer sind, ist wahrscheinlich auf eine Kombination von Mechanismen zurückzuführen und erfordert weitere Untersuchungen“, sagt Olson. Das andere „Body-Mass“ könne ein Faktor sein, aber wir wissen auch, daß die reproduktiven Gewebe sehr strahlenempfindlich sind und Frauen haben einen höheren Anteil dieser Gewebe in ihrem Körper als Männer, gibt Olson zu bedenken. Die Daten der National Academy of Sciences berücksichtigen zudem nur externe Strahlungsquellen, die interne Exposition müsse aber auch berücksichtigt werden, um die Wirklichkeit zu beschreiben.

Diese Informationen kommen zu einem entscheidenden Zeitpunkt für Fukushima, weil es unzählige junge Frauen mit Kindern gibt, die die radioaktiv verseuchten Gebiete verlassen wollen, dies aber nicht können, weil sie nicht über die nötigen finanziellen Mittel dafür verfügen. Und die japanische Regierung stellt keine finanzielle Entschädigung zur Verfügung, sagt Aileen Mioko Smith von Green Action in Kyoto, Japan.

Eine Spezies kann nicht gut überleben ohne Schutz für die Jungen und Mädchen, erklärt Olson. Dies sei auch keine spezifische Frauenangelegenheit, denn auch die Männer müßten gleichzeitig gesund sein.

Nuclear Information and Resource Service: Atomic Radiation is more harmful to women. NIRS Briefing Paper, October 2011, www.nirs.org, www.nirs.org/radiation/radhealth/radiationwomen.pdf ●

Nahrungsmittelbelastungen

Auch Tschernobyl ist noch nicht gegessen

Der diesjährige Spitzenwert der Pilzmessungen des Umweltinstituts München liegt bei 2.500 Becquerel Cäsium-137 pro Kilogramm. Diese Belastung wiesen Maronenröhrlinge aus dem Gebiet um Mark Oberdorf im Allgäu auf, gefunden im Oktober 2011. Werte im 4-stelligen Bereich sind leider noch keine Seltenheit, vor allem bei Maronenröhrlingen und Semmelstopfpilzen. Diese Sorten können Cäsium besonders gut aufnehmen, teilt das Umweltinstitut München mit.

Wiederholt gelangten Pilze mit unzulässig hoher Strahlenbelastung auch in den Handel. Das Umweltinstitut München hatte schon 2010 bei Stichprobenuntersuchung von Pfifferlingen 1.000 Becquerel Cäsium-137 pro Kilogramm (Bq/kg) Frischmasse nachgewiesen. Der EU-Grenzwert liegt bei 600 Bq/kg. Die laut Herkunftsbezeichnung aus Rumänien stammenden Pilze waren möglicherweise falsch deklariert, wurde erklärt.

Auch die neuerliche Grenzwertüberschreitung dürfte nicht die letzte gewesen sein. „Der Anstieg der Cäsium-Belastung bei osteuropäischen Pfifferlingen in den letzten Jahren ist auffallend“, hatte Karin Wurzbacher, Physikerin am Umweltinstitut München, vor einem Jahr erklärt. Pilze aus Osteuropa, vor allem aus Litauen und Lettland, waren jedoch in der Vergangenheit zum großen Teil deutlich geringer belastet als die vor unserer Haustür – sofern sie nicht gerade aus den von Tschernobyl hochkontaminierten Gebieten in Weißrußland, Rußland oder der Ukraine kamen. „Die Vermutung liegt daher nahe, daß

nun mit Tricks gearbeitet wird“, so Wurzbacher.

So gibt es Hinweise darauf, daß Pfifferlinge aus verschiedenen osteuropäischen Ländern etwa nach Litauen gebracht werden, um dort verpackt und verschickt zu werden – und zwar mit der unverdächtigen Herkunftsbezeichnung „Litauen“. Denselben Informationen zu Folge sollen Pilze aus kontaminierten Regionen mit solchen aus Gebieten mit geringer Belastung gemischt werden, damit auch extrem hoch belastete Pilze in den Handel kommen können. „Das ist eine üble Verbrauchertäuschung. Damit werden uns Pilze untergejubelt, die nicht auf die Märkte kommen dürften“, kritisierte Christina Hacker, Vorstand im Umweltinstitut München. Man könne sich nicht darauf verlassen, daß wenigstens die Grenzwerte eingehalten werden.

Das Umweltinstitut München fordert, daß Pilze regelmäßig und nicht wie bisher nur stichprobenartig kontrolliert werden, um die Einhaltung des Grenzwerts so schärfer zu überwachen. Die radioaktive Belastung vor allem von Pilzen durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist ein europaweites Problem. Strahlende Pfifferlinge werden sicherlich nicht nur in München verkauft. ●

Atomwirtschaft

Stromkonzerne steigen aus der Urananreicherung aus

Die Stromkonzerne RWE und Eon steigen aus der Urananreicherung in Gronau aus. Die Anteile beider Unternehmen an der Nuklearfirma Urenco stünden zum Verkauf. Das verlautete im September 2011

aus den Firmen. Es sei denkbar, daß noch in diesem Herbst ein Käufer gefunden werde. Wegen des Atomausstiegs werde die Urananreicherung nicht mehr benötigt, hieß es zur Begründung.

Unklar ist, wer Deutschlands einzige Urananreicherungsanlage (UAA) im münsterländischen Gronau künftig weiterbetreiben soll. Der Eigentümer Urenco gilt als weltweit führender Anbieter von Atombrennstoff. Beteiligt sind neben RWE und Eon auch der britische und der niederländische Staat zu jeweils einem Drittel. Die Produktion wird seit Jahren ausgebaut und soll zum Ende dieses Jahres rund 7 Prozent des Weltmarktes betragen. Damit können 35 große Atomkraftwerke mit Brennstoff versorgt werden.

Auch die britische Regierung habe bereits angedeutet, ihren Anteil verkaufen zu wollen, heißt es. RWE und Eon hoffen offenbar auf eine Übernahme durch die niederländische Regierung.

Beide Unternehmen benötigen Geld: RWE schätzt den Gewinneinbruch durch die bereits abgeschalteten Atomkraftwerke auf mehr als 1 Milliarde Euro allein in diesem Jahr.

Eon hat die Entlassung von mehr als 11.000 Mitarbeitern angekündigt. Der Wert der Urenco-Beteiligung wird auf rund 1 Milliarde Euro geschätzt. „Es gibt sinnvollere Investments als diese Atomfabriken“, wird ein Eon-Mitarbeiter zitiert. Bei der Verkaufsentscheidung hätten aber auch die berechtigten Proteste von Umweltschützern gegen den Atommüllexport nach Rußland eine Rolle gespielt, heißt es.

Die niederländische Regierung wehrt sich jedoch einem Bericht der Zeitung Het Financieele Dagblad zufolge gegen den Ausverkauf: Die Niederlande verfügten über Veto-Möglichkeiten, hieß es